

## **A4 Hände weg vom Selbstbestimmungsgesetz!**

Antragsteller\*in: Estrella Rödel

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

### **Antragstext**

1 Das Landesinnenministerium Baden-Württemberg hat im November 2025 eine neue  
2 Meldeverordnung erlassen, die einen tiefgreifenden Eingriff in die Rechte von  
3 trans\*, inter, nicht-binären und agender Personen darstellt. Demnach sollen  
4 Einwohnermeldeämter bei jedem Umzug prüfen, ob eine Person das  
5 Selbstbestimmungsgesetz genutzt hat.

6 Ist dies der Fall, werden die Behörden verpflichtet, sowohl die alten als auch  
7 die neuen Vornamen sowie den bisherigen und aktuellen Geschlechtseintrag an die  
8 örtlichen Polizeidienststellen zu übermitteln. Damit wird eine besonders  
9 sensible personenbezogene Information ohne konkreten Anlass und ohne  
10 individuellen Verdacht systematisch an Sicherheitsbehörden weitergegeben.

11 Diese Praxis läuft faktisch auf die systematische Erfassung einer ohnehin  
12 marginalisierten Gruppe durch Behörden hinaus. Sie widerspricht grundlegenden  
13 Prinzipien des Datenschutzes, insbesondere dem Grundsatz der Zweckbindung und  
14 Datensparsamkeit, und greift massiv in das Recht auf informationelle  
15 Selbstbestimmung ein. Dass solche Daten automatisiert an Polizeibehörden  
16 übermittelt werden sollen, stellt trans\*, inter und nicht-binäre Menschen unter  
17 einen Generalverdacht und schafft eine Atmosphäre von Kontrolle und  
18 Einschüchterung.

19 Besonders alarmierend ist, dass auch auf Bundesebene durch das Bundesministerium  
20 des Innern und für Heimat ähnliche Regelungen diskutiert werden. Geplant sind  
21 unter anderem zentrale Datensammlungen über Personen, die das  
22 Selbstbestimmungsgesetz in Anspruch genommen haben. Diese Entwicklung verschärft  
23 die Gefahr einer systematischen Erfassung und Überwachung queerer  
24 Lebensrealitäten.

25 Vor dem Hintergrund deutscher Geschichte und staatlicher Registerpraxis  
26 gegenüber Minderheiten ist diese Entwicklung politisch hoch problematisch.  
27 Sondererfassungen haben immer wieder den Weg für Diskriminierung, Ausgrenzung  
28 und staatliche Repression bereitet. Eine demokratische und rechtsstaatliche  
29 Gesellschaft darf solche Strukturen nicht erneut etablieren.

30 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg stellt sich entschieden gegen diese Form  
31 staatlicher Kontrolle und gegen jede Art von Sonderregister für Minderheiten.  
32 Der Schutz von Persönlichkeitsrechten und die Wahrung der Menschenwürde müssen  
33 oberste Priorität haben.

34 Daher fordern wir:

35 die sofortige Rücknahme der Meldeverordnung in Baden-Württemberg,

36 ein klares Verbot der Weitergabe sensibler Daten zu Geschlechtseinträgen und  
37 Namensänderungen an Sicherheitsbehörden ohne konkreten Anlass,

38 die Verhinderung über den Bundesrat jeglicher Pläne auf Bundesebene zur  
39 Erstellung zentraler Register über Personen, die das Selbstbestimmungsgesetz  
40 genutzt haben.

41 Darüber hinaus setzt sich die Grüne Jugend Baden-Württemberg dafür ein, dass  
42 auch der Bundesverband der GRÜNE JUGEND diese Entwicklungen politisch aufgreift,  
43 öffentlich kritisiert und sich aktiv gegen diese Maßnahmen positioniert.

### **Einfache Sprache**

44 Das Landesinnenministerium hat im November 2025 eine neue Meldeverordnung  
45 erlassen, nach der die Einwohnermeldeämter bei einem Umzug überprüfen sollen, ob  
46 eine Person das Selbstbestimmungsgesetz genutzt hat.

47 Ist das der Fall, so sollen die Einwohnermeldeämter die alten und neuen Vornamen  
48 und Geschlechtseinträge an die örtlichen Polizeidienststellen übermitteln.

49 Auch auf Bundesebene plant das Innenministerium eine solche Regel, sowie ein  
50 Datenblatt mit allen Personen die das Sbgg genutzt haben.

51 Gegen diese massive Verletzung des Datenschutzrechtes und vor allem der  
52 Persönlichkeitsrechte von trans, inter, nicht- binären und agender Personen muss  
53 die GJBW laut bleiben.

54 Die GJBW stellt sich entschieden gegen Sonderregister für Minderheiten,  
55 insbesondere gegen die neue Meldeverordnung des Landesinnenministeriums.

56 Die GJBW setzt sich dafür ein, dass auch der Bundesverband der Grünen Jugend  
57 hierzu politisch arbeitet.

**Unterstützer\*innen**

Leon Klotzbach, Daniel Stefan Christmann, Vanessa Herbert, Benjamin Noam Böge, Merlin Seeling, Henriette Blumenröder, Sam Eckstein, Vaira Rapka, Alexandru Mania, Thea Braschel , Jakob Sauter, Silvan Kloß, Louis Glaser, Hannes Brand, Emilia Sommer, Marlene Siepe, Antonia Kind, Hosea Ndaula, Emma Preißinger, Selina Feihl, Sissi Steinhuber